

Die Legitimität privater Akteure in der transnationalen Klimapolitik

Die Analyse von Zertifizierungsakteuren im globalen Emissionshandel

Transnationale Klimapolitik

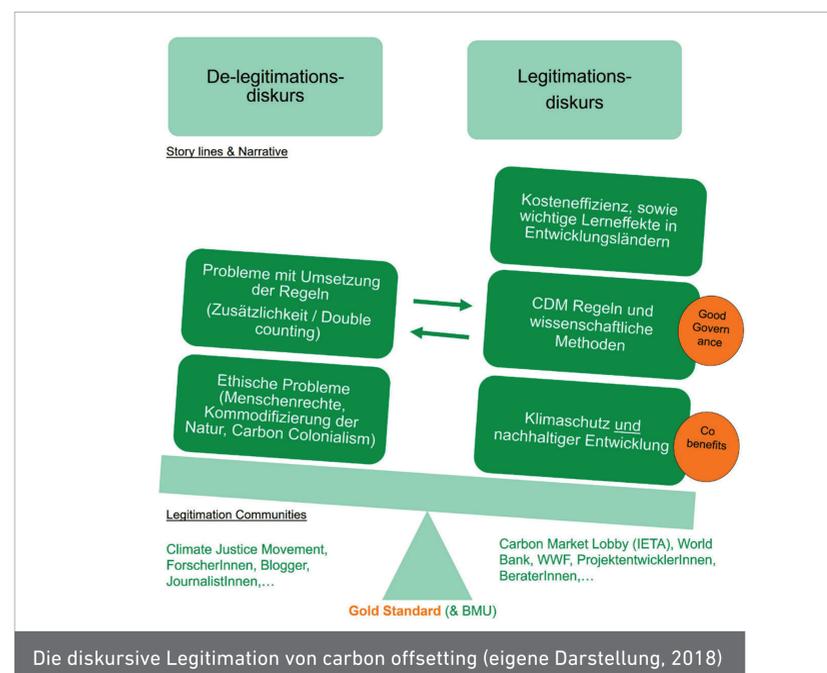
Das Paris-Abkommen wurde im Dezember 2015 beschlossen und soll 2020 in Kraft treten. Die Implementierungsregeln werden derzeit auf UN-Ebene ausgehandelt. Diese Phase gibt Anlass dazu, die Legitimität ›innovativer‹ Marktmechanismen und Akteurskonstellationen des Kyoto-Protokolls zu erörtern und kritisch zu hinterfragen. Neben den Regierungen spielen nichtstaatliche Akteure eine zunehmend wichtige Rolle in der aktuellen Klimapolitik (Paris-Abkommen, Artikel 6). Sie übernehmen de facto politische Rollen, z. B. im Bereich der Implementierung und des Monitorings. Ein Beispiel für private und hybride Klima Governance ist der Handel mit Emissionseinsparungen – carbon offsetting – unter dem Clean Development Mechanism (CDM) des Kyoto-Protokolls sowie über den freiwilligen Markt.



Problemstellung und Frage

Durch das Auslegen und Setzen von Regeln verfügen freiwillige Standards, Auditoren und Projektentwickler über private Autorität. Die Legitimität der Mechanismen und Akteure ist jedoch umstritten. Legitimität wird hier als soziologische Legitimität verstanden und bezieht sich auf Bernstein's Definition: »the acceptance of shared ruled by a community« (Bernstein, 2011). Ziel der Forschung ist es, die diskursive Legitimation der Emissionsmärkte besser zu verstehen und kritisch zu hinterfragen, welche Beitrag freiwillige Standards dazu leisten. Die Forschungsfragen lauten:

- (1) Als wie legitim werden Emissionsmärkte wahrgenommen?
- (2) Welche Rolle spielen die freiwilligen Standards und Projektentwickler im Legitimationsprozess?



Freiwillige Standards, wie der Gold Standard, haben schon früh auf die Kritik von carbon offsetting reagiert und zusätzliche Aspekte beigetragen. Sie haben damit wesentlich zur diskursiven Legitimation von carbon offsetting beigetragen. Mit dem Paris-Abkommen könnte carbon offsetting an Bedeutung und Legitimität verlieren. Denn nun haben alle Staaten eigene Ziele und die Entwicklungs- und Schwellenländer brauchen ihre Einsparungen zukünftig selbst, um diese zu erreichen.



Mareike Blum

Mareike Blum ist Doktorandin am Lehrstuhl für Forst- und Umweltpolitik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Sie hat einen Bachelor of Arts in Staatswissenschaften der Universität Passau und einen Master of Science in Environmental Governance der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. In ihrer Forschung interessiert sie sich besonders für die Interaktion öffentlicher und privater Akteure im Bereich der Umweltpolitik und im Kontext der nachhaltigen Entwicklung. Sie sieht politische Verantwortung und Legitimität von hybrider und privater Governance als zentrale Herausforderungen in der aktuellen Klimapolitik. Daher untersucht sie dominante und marginalisierte Diskurse, über die politische Maßnahmen legitimiert und infrage gestellt werden.